

CO<sub>2</sub>-EMISSIONSHANDEL

# Zwischen Umwelt- und Finanzinteressen



Zertifikate kaufen, damit uns das Papier nicht ausgeht. Auch die Papierherstellung gehört zu den energieintensiven Industrien. (Foto: kkiser/xchng)

**Von der EU als Herzstück ihrer Klimapolitik angepriesen, konnte der Emissionshandel bisher nicht überzeugen. Unter dem Einfluss von Wirtschafts- und Finanzlobbies sind die Umweltziele in den Hintergrund getreten.**

(RK) - Im Frühjahr 2006 herrschte in den Brüsseler Büros von Stavros Dimas Krisenstimmung. Der für den europäischen Emissionshandel zuständige Umweltkommissar stand vor einem Scherbenhaufen. Am 2. Mai hatte die Nachricht, dass mehrere Länder ihr Emissionsziel locker unterschreiten würden, die Handelskurse für die Emissionszertifikate nach unten gedrückt. Die Veröffentlichung der Zahlen für Deutschland, einer der größten Emittenten, hatte am 12. zu einem weiteren Kurssturz auf 10 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> geführt. Zuvor hatte der Kurs knapp unter 30 Euro gelegen, Tendenz steigend - eine Konsequenz der von der EU festgelegten Strafabgabe von 40 Euro pro zu viel erzeugter Tonne. Doch nun stellte sich heraus, dass es kaum zu Überschreitungen kommen würde, niemand Strafen bezahlen müsse, und das Angebot an Zertifikaten größer als die Nachfrage war. Der Emissionshandel, der bisher als Herzstück der europäischen Klimapolitik galt, entpuppte sich als unglaubwürdig.

Was war schief gelaufen? Offensichtlich hatten sich viele Mitgliedsländer bei der Festlegung der Emissionsquote für 2005 bis 2007 im Interesse der nationalen Industrie großzügig gezeigt, und die Kommission hatte diese Quoten nicht oder nicht genügend nach unten korrigiert. Als Konsequenz aus dieser Krise hat die Kommission in den vergangenen Monaten versucht, dem Emissionshandel neuen Schub zu geben: Die meisten der nationalen Quotenpläne für die Periode von 2008 bis 2012 wur-

den drastisch nach unten korrigiert und Sonderregelungen grundsätzlich abgelehnt. Die Kurse haben sich mittlerweile leicht erholt, doch ob der europäische Emissionshandel überhaupt einen Beitrag zur Verhinderung des Klimawandels leisten kann, ist weiterhin fraglich.

Dabei erscheint das System erst einmal wie ein vernünfti-

ger Kompromiss zwischen organisatorischem Aufwand und erwartetem Nutzen: Der Emissionshandel betrifft europaweit 12.000 Industrieanlagen aus besonders energieintensiven Sektoren wie Zementherstellung, Stahlerzeugung oder Stromproduktion - auf die fast die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen der EU entfallen. Jede Firma bekommt eine

bestimmte Zahl von Emissionszertifikaten. Stoßen ihre Anlagen genau so viele Tonnen CO<sub>2</sub> aus, wie sie Zertifikate hat, so nimmt sie nicht am Handel teil. Sind die Emissionen höher, so muss sie Zertifikate von anderen Firmen zu kaufen, sind sie niedriger, so kann sie Zertifikate an der Börse für CO<sub>2</sub>-Emissionen anbieten. Laut einem Online-Dokument der EU-Kommission bewirken die Marktmechanismen, "dass Emissionsminderungen zunächst dort erfolgen, wo sie am kostengünstigsten zu bewerkstelligen sind". Weiter heißt es in den Erläuterungen: "Der Emissionshandel ist nicht mit neuen Umweltzielen verbunden, sondern soll es ermöglichen, die bestehenden Ziele mit geringerem Kostenaufwand zu erfüllen."

## Markt für heiße Luft

Der Haken bei der Sache ist, dass nicht etwa die EU-Kommission, sondern die Mitgliedsstaaten vorgeben, wie viele Emissionszertifikate welcher Betrieb erhält. Um zu verhindern, dass zu viele Zertifikate verteilt werden, schreibt die Richtlinie für den Emissionshandel zum einen vor, die Zuteilung an den vorhergehenden Emissionen und den Einsparpotenzialen zu orientieren. Zum anderen muss die der Industrie zugeteilte Gesamtmenge in Einklang mit dem nationalen Reduktionsziel sein, zu dem sich jedes Land im Rahmen des Kyoto-Abkommens verpflichtet hat. Zu diesem Zweck erstellen die Mitgliedstaaten CO<sub>2</sub>-Allokationspläne, in denen sie beschreiben, welche Sektoren - Industrie, Verkehr, Haushalte - wie viel CO<sub>2</sub> einsparen können. Luxemburg zum Beispiel darf im Zeitraum 2008-2012 nur noch

9,1 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr ausstoßen, 28 Prozent weniger als im Kyoto-Referenzjahr 1990. Und muss entscheiden, welcher Anteil davon den vom Emissionshandel betroffenen Anlagen zugeteilt wird - im Plan vom Juli 2006 waren das 3,95 Millionen Tonnen.

Teilweise scheint das System die gewünschten Effekte zu erzielen. Sogar in der CO<sub>2</sub>-intensiven Zementindustrie finden die Ingenieure immer neue Wege, Reduktionen vorzunehmen. Zwar entsteht durch die chemische Reaktion bei der Gewinnung von Klinker unvermeidlich CO<sub>2</sub>. Aber es gibt auch andere Emissionsquellen, wie es der Betriebsleiter von Heidelberg-Cement in einer Deutschlandfunk-Reportage erläuterte: "Wir brauchen Brennstoffe, um Wärme zu erzeugen, um diesen Kalkstein in Klinker umzuwandeln. Einer unserer Hauptbrennstoffe ist in der Regel Kohle." Die Firma bemüht sich, auf andere Brennstoffe umzustellen und in allen Anlagen die effizienteste Prozesstechnik zum Einsatz zu bringen.

Bei der Elektrizitätserzeugung geht die Entwicklung in eine ähnliche Richtung: Alte Kohlekraftwerke werden optimiert oder durch Gasturbinen ersetzt. Ein wenig erfreulicher Nebeneffekt ist allerdings, dass bei steigenden Preisen für Strom aus CO<sub>2</sub>-behafteten fossilen Quellen die Atomenergie attraktiver wird. Auch in der Stahlindustrie zeigen sich Nebenwirkungen: Regelmäßig droht zum Beispiel die Mittel-Arcelor-Führung damit, ihre Produktion in Länder zu verlegen, die dem Kyoto-Abkommen nicht unterliegen. In der Tat sind Stahlprodukte stark der internationalen Konkurrenz ausgesetzt - aus Ländern wie den USA oder China,

## FLEXIBLE MAßNAHMEN

# Das Schlupfloch

(RK) - Keine Regel ohne Ausnahme. Im Kyoto-Abkommen wurde festgelegt, wie viel CO<sub>2</sub> die Unterzeichnerstaaten einsparen müssen. Und es wurde - auf Drängen der USA - eine Möglichkeit geschaffen, um sich davor zu drücken: die Flexiblen Mechanismen (FM). Diese umfassen erstens den Emissionshandel zwischen Staaten, die sich zu Reduktionen verpflichtet haben - man kauft sich von anderen Rechte für zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Zweitens besteht die Möglichkeit, in anderen Industrieländern CO<sub>2</sub>-sparende Projekte zu finanzieren - "Joint Implementation" (JI). Die so erzielte Minderung wird zu den eigenen Emissionsrechten hinzuaddiert. Schließlich kann man das gleiche in Entwicklungsländern tun - unter der Bezeichnung "Clean Development Mechanism" (CDM).

Letztere Projekte sind sehr umstritten, sowohl was ihren Nutzen für das Klima, als auch was ihre Vereinbarkeit mit Entwicklungspolitik angeht. Kritische Netzwerke wie Cdm-watch.org prangern an, dass ökologisch zweifelhafte Vorhaben wie Staudämme und Eukalyptusplantagen als CDM gehandelt werden. Vor allem aber bemängeln sie, der CDM-Markt nähere die Illusion, "dass die Konsummuster des Nordens aufrechterhalten werden können, ohne dem Klima zu schaden".

Auch die EU wollte bei ihrem Emissionshandelssystem auf dieses Schlupfloch nicht verzichten. Die "Koppelungs-Richtlinie" erlaubt es Unternehmen, die bei JI- oder CDM-Projekten erworbenen CO<sub>2</sub>-Gutschriften in Zertifikate umzuwandeln, die dann im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems genutzt werden können. Zweck der Übung ist laut EU-

Kommission, die Kosten des Klimaschutzes für die europäische Wirtschaft noch weiter zu senken, als dies bereits durch den Emissionshandel geschieht. Nebeneffekt: Die Emissionsrechte werden tendenziell in den reichen EU-Ländern wie Luxemburg kumuliert, die bereits den höchsten Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Ausstoß haben. Und die eigentlich die größten Minderungen erbringen müssten.

"Luxemburg ist auf dem besten Wege, seinen 'ehrgeizigen' Beitrag zum globalen Klimaschutz nicht selbst zu erbringen, sondern von anderen erledigen zu lassen - weit weg im Süden der Welt." Das schreibt Dietmar Mirkes, Mitarbeiter der Action solidarité Tiers-Monde im CDM-Dossier der Zeitschrift Brennpunkt. Zwar könne er mit einigen Projekten wie der Methanverbrennungsanlage in El Salvador leben, so der Dritte-Welt-Aktivist gegenüber der wox. Doch das meiste Geld werde in Fonds investiert, wo man die Verwendung kaum noch kontrollieren könne. Vor allem aber kritisiert er, dass die massiven luxemburgischen Zukäufe von Emissionsrechten gegen den Geist von Kyoto verstießen: "Der Zukauf soll 'ergänzend' sein, heißt es im Abkommen. Das bedeutet für mich weniger als 50 Prozent - wir erbringen aber 80 Prozent unserer CO<sub>2</sub>-Einsparungen über den Zukauf."

Positiv vermeldet Mirkes, dass Umweltminister Lucien Lux die NGO am Mittwoch voriger Woche zu einem Seminar eingeladen hatte. Dort wurden allerdings nur die Vorhaben der Regierung vorgestellt, und die NGO konnten Stellung beziehen. "Dass wir mitdiskutieren, welche Projekte sinnvoll sind, ist nicht erwünscht. Die 'Concertation' findet erst statt, wenn die Regierung schon Tatsachen geschaffen hat."